

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/208

Bonn, den 31. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Der zweite Kanzler und die Gemeinden</u> Von Oberbürgermeister Dr. Vogel, München	44
2	<u>Bremer Universitätsplan</u> 5.500 Studenten sind vorgesehen	43
3 - 4	<u>Gewerkschaftseinheit in Afrika</u> Beitritt zum internationalen Gewerkschaftsbund ? Von Heinz Putzrath	55
4	<u>Das Problem Danzig im Fremdwertengesetz</u> Ein falsches Ergebnis in einem an sich guten Gesetz Von Reinhold Rehs, MdB	32
5	<u>Anerkennung der guten Tat</u> Nansen-Medaille an tausende anonyme Helfer Von Bruno Kuster, Genf	45
6	<u>Afro-asiatisches Reisetagebuch</u> <u>Bombay am Vorabend von Diwali (III)</u> Von Wilhelm Wehner	47
7 - 8	<u>Ein Schreiben Kaiser Konstantins ...</u> Monumenta Judaica - 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein Von Inge Deutschkron	78

 Chefredakteur Günter Markschaffel

Der zweite Kanzler und die Gemeinden

Von Oberbürgermeister Dr. Vogel, München

Die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers hat den Gemeinden keinen eigenen Abschnitt gewidmet. Vielmehr werden die Gemeinden nur an einzelnen Stellen und gleichsam mehr am Rande erwähnt. Immerhin zeigt aber die sorgfältige Lektüre, daß die wichtigsten Probleme in Verhältnis zwischen Bund und Gemeinden zumindest gestreift worden sind, nämlich

- * die Finanzreform,
- * die Raumordnung,
- * der Städtebau und
- * der Verkehrsausbau.

Bundeskanzler Erhard weiß also offenbar, wo die Städte und Gemeinden der Schuh am ärgsten drückt. Seine Bemerkungen zu den einzelnen Problemen lassen auch ein gewisses Verständnis für die kommunalen Sorgen erkennen. So wird die klare Abgrenzung der Finanzverantwortlichkeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und ein gerechter Ausgleich ihrer Einnahmen und Ausgaben als dringlich, eine wirksame Raumordnung als wünschenswert, ein Gesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen in Stadt und Land als notwendig und ein gemeinsames Rahmenprogramm zur Koordinierung des Straßenbaus des Bundes, der Länder und Gemeinden als sachdienlich bezeichnet.

Wenn man's so hört, möchte's leidlich scheinen. Dennoch enttäuscht bei näherer Betrachtung die Unverbindlichkeit und Allgemeinheit der Aussagen. Gewiß, die Finanzreform ist dringlich - aber wo bleibt der Hinweis auf die besonders prekäre Finanzsituation der Gemeinden?

Auch beim Straßenbau ist nicht so sehr die Koordinierung als vielmehr die **F i n a n z i e r u n g**, das heißt die gerechte Verteilung des Mineralölsteueraufkommens auf den Fernstraßen- und den städtischen Straßenbau, das eigentliche Problem. Außerdem vermißt man die erst kürzlich von Präsident Kennedy getroffene Feststellung, daß die Verkehrsmittel der großen Stadtregionen nur noch durch den Ausbau der Massenverkehrsmittel behoben werden können, deren deswegen auch eine Bundeshilfe zuteil werden sollte.

Der alte Bundeskanzler kam aus der Kommunalpolitik. Dennoch war seine Regierungszeit nicht durch besondere kommunalpolitische Initiativen gekennzeichnet. Der neue Bundeskanzler ist ein Mann der Wirtschaft. Ihm müßte klar sein, daß die Konjunktur und das weitere Wachstum des Sozialproduktes nicht zuletzt von der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gemeinschaftseinrichtungen abhängen. Privater Wohlstand und öffentliche Armut sind gerade im kommunalen Bereich auf die Dauer unvereinbar.

Die Zukunft wird zeigen, ob die Hoffnung, der ehemalige Wirtschaftsprofessor werde nachholen, was der ehemalige Oberbürgermeister versäumt hat, begründet oder nur eine Illusion war. Die Chance des neuen Bundeskanzlers ist - zunächst - auch die der Städte und Gemeinden.

Bremer Universitätsplan

Kr. - Der Beratungsausschuß für die Gründung einer Universität zu Bremen hat eine moderne Konzeption vorgelegt und die Bürgerschaft von Bremen hat diesen Plan als Grundlage für den Bau einer umfassenden Hochschule in der Hansestadt zugestimmt. Das Institut für Hochschulplanung der Technischen Hochschule Stuttgart veröffentlichte bereits einen Gesamtbebauungsplan.

Dieser Plan geht davon aus, daß man in Bremen - von der inneren Struktur her gesehen - die wohl modernste Universität in Deutschland bauen will. Leitbild ist nämlich, eine sogenannte "Bildungs-Universität" zu errichten, welche den Kernüberlegungen der amerikanischen Campus-Universitäten Rechnung trägt und sie weiter entwickelt. Die Bremer Hochschule soll einmal 5 500 Studenten aufnehmen. Aber über 2000 Wohnheimplätze sollen in etwa 20 Wohnheimen (als unterschiedliche Baukörper gedacht) vorhanden sein.

Dabei ist vor allem vorgesehen, daß diese 2000 Studenten in enger Beziehung, soweit es ihre Erziehung und Bildung betrifft, mit ihren Hochschullehrern stehen. Auch die Wohnungen der Lehrer sollen auf dem Universitätsgelände untergebracht sein und für jedes Wohnheim möchte man einen Dozenten als akademischen Leiter haben. Dabei sehen die Pläne denn auch vor, daß ausländische Studierende nicht in besonderen Heimen, sondern gemeinsam mit ihren deutschen Kommilitonen, untergebracht werden.

Ein weiterer Punkt ist die außerwissenschaftliche Erziehung und Bildung der Studenten. Dabei entsteht die Frage, ob hier Institute für Leibeserziehung, Kunst- und Werkerziehung sowie Musikerziehung für diesen Zweck gebildet werden, oder ob man die musischen Fächer in eine "Fakultät der Künste" zusammenfaßt. Die Grundüberlegung aber bleibt bestehen: Es sollen nicht nur akademische Spezialisten ausgebildet werden, sondern man will ausgewogene Persönlichkeiten mit umfassendem Wissen heranbilden.

Ein weiterer Punkt, den man in Bremen häufig anzufassen gedenkt, betrifft die Einbeziehung der Pädagogischen Hochschule. Der Beratungsausschuß für die Gründung der Universität hat empfohlen, die Ausbildung aller bremischen Lehrer der neuen Universität zu übertragen. SPD, CDU und FDP in Bremen tendieren in gleicher Richtung; was auf eine Auflösung der kleinen Lehrera Akademie von Bremen hinauslaufen wird.

Zwar ist noch zu erwarten, daß hinsichtlich der Ausbildung der Volksschullehrer im Rahmen der Universität fachwissenschaftliche Auseinandersetzungen stehen werden, wobei von den Hochschulen das Argument, sie seien der Forschung und Lehre vorbehalten, ins Treffen geführt werden dürfte. Aber allem Anschein nach wird sich in Bremen ein guter Kompromiß herausbilden, für dessen Durchführung denn ein Landesgesetz Voraussetzung wäre.

Gewerkschaftseinheit in Afrika ?

Beitritt zum internationalen Gewerkschaftsbund ?

H.F. - Bis zur Addis Abeba-Konferenz im Mai 1963 konnte man das politische Afrika grob gesprochen in die Casablanca- und die Monrovia-Gruppe einteilen. Diese Teilung fand auch ihren Niederschlag im afrikanischen Gewerkschaftswesen. Es gab zwei mehr oder minder rivalisierende Gruppen: Die AATUF (All African Trade Union Federation) und die ATUC (African Trade Union Congress). Die erste Gewerkschaftsvereinigung bestand hauptsächlich aus den Ländern, die zur Casablanca-Gruppe gehörten und die von ihren Mitgliedern verlangte, daß sie keiner der beiden großen internationalen Gewerkschaftsorganisationen (IBFG und WGB) angehören durften. Daß sie freilich Gelder vom WGB annahmen, stand auf einem anderen Blatt, ebenso wie ihre Politik, die vor allem in internationalen Fragen einen starken antiwestlichen Akzent hatte. Die ATUC dagegen verfügte über eine weitaus größere Mitgliederzahl und stellte es den angeschlossenen Organisationen frei, ob und welchen internationalen Gewerkschaftsorganisationen sie angehörten. Die meisten von ihnen waren Mitglieder des IBFG.

Nach der Addis Abeba-Konferenz zeigte es sich, daß die Zusammenarbeit der einzelnen afrikanischen Staaten auf politischem Gebiet dort am wirksamsten ist, wo es keine kontroversen Fragen gibt und man sich leicht auf eine gemeinsame Haltung zu konkreter Dingen einigen konnte. Das betraf hauptsächlich die Kampagne gegen die Apartheid-Politik in Südafrika und die Unterstützung der Freiheitsbewegungen in den portugiesischen Kolonien. Eine Reihe von Boykottmaßnahmen und andere Schritte im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen legte davon Zeugnis ab.

Aber auch auf gewerkschaftlichem Gebiet wurde der Ruf nach einer Annäherung der beiden afrikanischen Gewerkschaftszentren immer stärker. Die beiden nigerianischen Gewerkschaftsführer Borha und Adebola versuchten zunächst, die Sekretariate der ATUC und AATUF zum gemeinsamen Handeln für eine "Operation Südafrika" zu gewinnen. Sie gingen von der richtigen Vorstellung aus, daß man in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten haben wird. Daß die Initiative von zwei prominenten Mitgliedern der ATUC kam, war schon bezeichnend genug. Es gab aber auch andere Schritte in der gleichen Richtung, so z.B. die Resolution der Ostafrikanischen Gewerkschaftskonferenz, die im Juli 1963 eine Gipfelkonferenz der beiden afrikanischen Gewerkschaftszentren verlangte. In dieser Resolution wurde außerdem gefordert, daß sich die angeschlossenen Organisationen vom IBFG und vom WGB trennen sollten, um damit eine Voraussetzung für das Gelingen der Einheitsbestrebungen zu schaffen. Diese Resolution hatte nur einen Teilerfolg, denn von den vier betroffenen Gewerkschaften hatte Sansibar den IBFG schon ein Jahr vorher verlassen und der Beschluß Tanganikas, die Mitgliedschaft im IBFG zu beenden, ist dem IBFG formell noch nicht mitgeteilt worden. Kenia und Uganda dagegen haben ihrer eigenen Resolution bis jetzt nicht Folge geleistet.

Inzwischen ist auch das Sekretariat der AATUF mobil geworden und versucht, für November eine Konferenz nach Ghana einzuberufen, um die Initiative nicht der anderen Seite zu überlassen. Die jüngste afrikanische Regionalkonferenz des IBFG in Tunis Anfang Oktober 1963 hat den Bemühungen um eine Annäherung der beiden Gewerkschaftszentren in Afrika Erfolg gewünscht. Der IBFG war gut beraten, sich dieser Annäherung nicht zu widersetzen. Doch wird sich freilich erst zeigen, ob die afrikanischen Gewerkschaften in AATUF bereit sind, die vielleicht mögliche Gewerkschaftsvereinigung in Afrika zu opfern, um die Mitgliedschaft im IBFG beizubehalten.

* * *

Ein falsches Ergebnis in einem an sich guten Gesetz

Das Problem Danzig im Fremdrentengesetz

Von Reinhold Rehs, MdB

Unstreitig hat das "Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz - FANG" vom 25. 2. 1960 (BGBl. I, S. 93) gegenüber dem bis dahin geltenden "Fremdrenten- und Auslandsrenten-Gesetz FAG" vom 7. 8. 1953 viele Verbesserungen gebracht. Insbesondere für die Vertriebenen, die keinerlei Nachweis über ihre früheren Sozialrenten beizubringen vermögen. Oberster Grundsatz des "FANG" soll die Gleichstellung aller Vertriebenen mit denjenigen sein, die ihr ganzes Arbeits- und damit Versicherungsleben im Gebiet der Bundesrepublik verbracht haben. Jetzt aber beginnt sich herauszustellen, daß dieser Grundsatz nicht eingehalten wird und daß "FANG" sogar einzelne erhebliche Schlechterstellungen gegenüber "FAG" enthält.

Besonders deutlich zeigt sich dies bei den aus dem ehemaligen Freistaat Danzig kommenden Angestellten, deren Versicherungsunterlagen vollständig bei der Bundesversicherungs-Anstalt für Angestellte in Berlin vorliegen und trotzdem nicht beachtet werden sollen. Dies ist das Problem: Die Rentenversicherung im Freistaat entsprach praktisch der des Deutschen Reiches, dessen Bestandteil Danzig bis 1920 und nach 1939 gewesen ist. Dementsprechend wurde durch Rechtsverordnung die Danziger Versicherung in die deutsche ab 1. 1. 1940 mit voller Gleichstellung der Versicherten übernommen.

Diese Gleichstellung wurde auch durch das "FANG" nicht berührt. Die Renten wurden daher ab 1. 1. 1940 so berechnet, als ob die Versicherten stets im Bundesgebiet gelebt hätten. Wie sich herausgestellt hat, sollen die Danziger Beiträge nach dem "FANG" nicht mehr anerkannt werden. Resultat wäre die Verschlechterung der Renten eines großen Teiles der ehemaligen Danziger zum Teil um 30 bis 50 Prozent! Der Zweck des sonst guten "FANG", nämlich die Gleichstellung der bisher benachteiligten Vertriebenen, kann sich nicht auf Kosten des 20 Jahre hindurch anerkannten Besitzstandes mancher Vertriebenen erfolgen. Darauf läuft es bei den Danzigern aber hinaus. Das Gesetz bedarf daher einer baldigen Überprüfung, um dieses falsche Ergebnis zu beseitigen.

* * *

Anerkennung der guten Tat

Von Bruno Kuster, Genf

Die Kansen-Medaille - der Nobelpreis der Flüchtlingshilfe - wurde dieses Jahr vom UN-Hochkommissar für die Flüchtlinge, Felix Schnyder, der Dachorganisation der 74 privaten Vereinigungen - dem Internationalen Rat freiwilliger Organisationen - verliehen, durch welche tausende anonymor Helfer und Millionen ebenso unbekannter Spender das große Werk der Flüchtlingshilfe überhaupt erst möglich machen. Diese hohe Auszeichnung stellt die verdiente Anerkennung der unermüdbaren Hingabe, des humanitären Geistes und der internationalen Solidarität dar, die in der Flüchtlingshilfe nicht nur ein von Zeit zu Zeit kurzfristiges Aufflackern erlebt, sondern einen beständigen, geradezu selbstverständlichen Ausdruck gefunden hat "Demokratisierung" der Preisverleihung

Odd Nansen, der Sohn des großen Menschenfreundes, erinnerte anlässlich des Übergabektes im Palais des Nations in Genf daran, daß sich der Mann, der der Kansen-Medaille den Namen gab, seinerzeit als erster Hochkommissar des Völkerbundes für die Flüchtlinge oft ziemlich einsam und angesichts der Gleichgültigkeit seiner Zeitgenossen recht misdergeschaugen fühlte. Seither hat sich doch einiges geändert. Und wenn die Nansen-Medaille bisher meist einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten, die sich um die Flüchtlinge besonders verdient gemacht haben, zugesprochen wurde, ist es doch bezeichnend, daß dieses Jahr eine unfaßbar große Gemeinschaft von Menschen guten Willens der gleichen Ehre teilhaftig wird. Diese "Demokratisierung" der Preisverleihung findet ja übrigens in der fast gleichzeitigen Anerkennung des Nobel-Preises für den Frieden an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Liga der Rotkreuzgesellschaften eine recht eindrückliche Bestätigung.

Die "richtige Sicht der Wirklichkeit"

In seiner Glückwunschsbotschaft zur Überreichung der Nansen-Medaille hebt U Thant die "richtige Sicht" hervor, die Nansen schon vor mehr als vierzig Jahren in der Beurteilung der Wirklichkeit bewiesen hat, als er den Grundstein für die Zusammenarbeit zwischen Regierungen und privaten Hilfsgesellschaften zugunsten der Notleidenden legte.

Aus dieser Zusammenarbeit zwischen dem Hochkommissar, zwischenstaatlichen und privaten Institutionen ist mit der Zeit ein internationaler Mechanismus entstanden, der ständig aktionsfähig gehalten werden muß, um heutigen und vielleicht künftigen Notlagen rasch und wirksam begegnen zu können. In diesem komplizierten Mechanismus spielen die 74 privaten Vereinigungen zwar nicht die sichtbarste, aber deswegen eine keineswegs zweitrangige Rolle. In ihrer Arbeit findet das Ideal Fridtjof Nansen, des Zusammenwirkens verschiedenartigster Menschen guten Willens, seinen bezeichnender Ausdruck.

Denn man muß sich vergegenwärtigen, daß in diesen 74 Organisationen eine geradezu verwirrende Vielzahl von Beweggründen, Zielsetzungen und geistigen sowie moralischen Einflüssen am Werke sind. Aber in der praktischen Arbeit, in der Hilfe für den Nächsten, fließt die Vielfalt in die Einheit humanitärer Gesinnung zusammen, die viele Quellen, aber nur eine Aufgabe hat. Darin liegt der Sinn der diesjährigen Verleihung der Kansen-Medaille, die uns alle verpflichtet.

+ + +

Afro-asiatisches Reisetagebuch:Bombay am Vorabend von Diwali (III)

Von Wilhelm Wehner

Ich bin in Bombay gerade zu der Zeit angekommen, in der sich Indien rüstet, das Diwali-Fest zu feiern. Es entspricht unserem Weihnachtsfest, und die Inder sagen, daß an diesem Tage vor undenklichen Zeiten das Recht über das Unrecht gesiegt hat. Es ist das erste Diwali-Fest, das das freie Indien in seiner kurzen Geschichte im Zeichen des Ausnahmezustandes feiert. Die chinesische Bedrohung wirft Schatten auf die Fröhlichkeit der Menschen, die jetzt ihre Häuser reinigen und schmücken, Feuerwerkskörper platzen lassen, um das Böse zu vertreiben. Es ist nicht leicht für das indische Volk, gleichzeitig sich der äußeren Bedrohung zu erwehren und mit den zahlreichen innenpolitischen Problemen fertig zu werden. Allein in Bombay, einer sechs Millionenstadt, gibt es 1,5 Millionen obdachlose Menschen, die nachts auf den Straßen schlafen. Die Zahl der Unbeschäftigten ist noch größer. Doch im Augenblick hat die Außenpolitik den Vorrang.

Die chinesische Aggression hat die Menschen aufgeschreckt. Das Prestige der Kongreßpartei ist erschüttert. Nehru schickte eine Anzahl Minister in die Parteiarbeit zurück, um die Partei wieder neu zu beleben. Angeblich soll es ausgerechnet der westlich orientierte Flügel seiner Minister sein, der durch Neutralisten ersetzt wurde. Aber die Intelligenz seines Landes hat die Situation begriffen. "Ein politisches Non-alignement mag es geben", sagte mir in Bombay ein bekannter Direktor eines Colleges, "aber ein ideologisches Non-alignement darf es nicht geben. Wir sehen die Freiheit der Forschung und der Lehre durch den Kommunismus bedroht, daher stehen wir ideologisch auf der Seite der Freiheit, d.h. der freien Welt." Daß diese Worte ernst gemeint sind, beweisen die zahlreichen Einladungen, mit denen ich überrascht wurde. Indien braucht Freunde in seinem Abwehrkampf gegen die Chinesen, und es ist auch bereit, seinen Beitrag zu leisten. So erlebte ich als Ehrengast die Preisverteilung für einen Aufsatzwettbewerb, der an allen Colleges von Bombay mit dem Thema "Die Teilung Berlins" durchgeführt wurde. Die Verleihung der Preise wurde vom Rektor der Universität Bombay vorgenommen, und die Hauptrede hielt Herr Professor Ram Yoshi, der vor einiger Zeit als Gast der Friedrich-Nbert-Stiftung die Bundesrepublik und Berlin besuchte. Ein Berliner hätte sich nicht besser halten können.

Wir haben viele Freunde in Indien. Es ist ein demokratisches Land, dem wir in allererster Linie helfen sollten, die vielen Probleme zu lösen, die sich aus der gewaltigen Bevölkerungszahl von über 300 Millionen Menschen ergeben. Unsere Freunde kritisieren uns offen und frei, wie es unter Freunden üblich ist. "Warum nehmt ihr uns nicht mehr Waren ab?" fragen sie. "Indien kauft fünfmal mehr von der Bundesrepublik, als die Bundesrepublik von Indien." Das ist ein unnatürliches Verhältnis und nicht gerade geeignet, die Position unserer Freunde im Lande zu stärken. Wir sollten mehr für Indien tun, denn es stimmt nicht, daß Indien ein Laß ohne Boden ist. Hier sind schon sehr gute Ansätze für eine langsame wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung festzustellen. Aber man darf keine Wunder erwarten. Es bedarf der Geduld, doch sie wird ihre Früchte tragen.

+ + +

- 7 -

Wir müssen leider das "Afro-asiatische Tagebuch" abbrechen, da der Verfasser, unser Mitarbeiter Wilhelm Wehner, die Reise abbrechen mußte.

Die Redaktion

Ein Schreiben Kaiser Konstantins

Monumenta Judaica - 2000 Jahre Geschichte
und Kultur der Juden am Rhein
Von Inge Deutschkron

Die Überwindung des Antisemitismus werde weniger durch seine Bekämpfung erreicht werden, als durch die Darstellung der Wahrheit. Diese kürzlich vom jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber aufgestellte Behauptung sollte als eines der Leitworte über der Ausstellung "Monumenta Judaica - 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein" stehen. Denn die Wahrheit über das Judentum aufzudecken, ist das eine erklärte Ziel dieser von Oktober bis Februar im Zeughaus-Museum von Köln gezeigten Ausstellung. Die starke Verflechtung deutsch-jüdischen Lebens am Rhein von Jahre 300 n. Chr. bis 1933 zu zeigen, ist das andere.

Seit über zwei Jahren arbeiten Wissenschaftler in Köln an diesem Projekt. Aus einer Fülle von Material machten sie dem deutschen Publikum 2200 Zeugnisse, Dokumente und Denkmäler aus der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, geistigen und kulturellen Geschichte der Juden zwischen Basel und Emmerich zugänglich. Sie gliederten die Ausstellung in fünf Abteilungen, deren umfangreichste der Dokumentation gewidmet ist. Kaiser Konstantins Schreiben, das die Existenz einer jüdischen Gemeinde in Köln bereits um 320 n. Chr. nachweist, ist das älteste der gezeigten Dokumente. Eine Vielzahl von Urkunden, Protokollen, Pergamenthandschriften, Judenverordnungen, Streitschriften, Spottbildern und Grabinschriften spiegeln die wahrhaft wechselvolle Geschichte der Juden in Deutschland wider. Wie erschütternd festzustellen, daß Edikte aus alter Zeit Vorbild für anti-jüdische Erlasse im 20. Jahrhundert wurden! Die Abbildungen der Gedenkstätten und Mahnmale für die Opfer der Verfolgungen im Dritten Reich runden die Geschichte der Juden am Rhein in grausamer Weise ab.

Die übrigen vier Abteilungen handeln vom jüdischen Beitrag zur deutschen Kunst, zur Literatur, zur Wissenschaft und auch vom jüdischen Geistesleben am Rhein. Abbildungen jüdischer Künstler, Wissenschaftler, Schriftsteller - Namen, die wie Führer durch die deutsche Geschichte sind - beleben die Dokumentation im wahrsten Sinne des Wortes. Von Heinrich Heine und Moses Mendelssohn bis zu Martin Buber, von Felix Mendelssohn-Bartholdy bis zu Bruno Walter, von Karl Marx zu Friedrich Gurdolf, von Paul Ehrlich zu Albert Einstein - man vermag die Fülle der Namen kaum zu ordnen.

Eine Sonderschau - die Aussteller haben sie zu Recht an den Anfang gestellt - befaßt sich mit den Nachwirkungen des Alten Bundes in der christlichen Kunst. Motive aus dem Alten Testament finden sich nicht nur auf der Reichskrone, die vermutlich für Kaiser Otto den Großen in Rom im Jahr 962 geschaffen wurde. Man stellt auch in mittelalterlichen Darstellungen die Verbindung zwischen Eva und Maria fest oder zwischen Christus und Adam; auch im christlichen Ritus haben sich

synagogale Formen niedergeschlagen. Darauf also gründete sich die jüdisch-christliche und später deutsch-jüdische Symbiose, die zu leugnen, und zu zerstören der Ungeist versuchte.

Daß dieser Ungeist den Geist nicht einfach auslöschen konnte, der dieser Symbiose zugrundelag, scheint eine Laubhütte zu offenbaren. Sie ist ein Stück jüdischer Volkskunst aus Schwaben aus dem Jahre 1825. Idyllische deutsche Landschaftsszenen aus dem heimischen Leben sind in den Malereien dieser Hütte mit jüdischen Motiven vereint. 1938 war sie in Teile zerlegt und illegal nach Jerusalem geschafft worden, wo sie im Nationalmuseum ihren Platz fand. Sie ist Symbol und Idyll, aber nicht das Prunkstück der Abteilung "Das jüdische Jahr", in der zum ersten Mal in Deutschland an Hand von Kultgegenständen die Feste der Juden dargestellt sind. Dabei kommt zum Ausdruck, wie stark religiöser Ritus in das häusliche Leben des einzelnen hineinspielt.

Für den Laien auf diesem Gebiet ist das gebotene Material kaum zu bewältigen. Die Verantwortlichen für diese Ausstellung haben aus diesem Grunde nicht nur einen Katalog, sondern auch ein 300-Seiten starkes Handbuch zusammengestellt, das "wie von selbst durch die wissenschaftliche Arbeit für die Ausstellung entstand". Fast scheint dieser Band eines der besten Instrumente der Aufklärung über das Judentum zu sein, zumal er das Gesehene als Grundlage voraussetzen kann. Aber hiermit enden die Anstrengungen der Stadt Köln nicht, die in der Ausstellung zum Ausdruck kommenden Erkenntnisse tief in die Bevölkerung hineinzutragen.

Ein Stab von Führern wurde ausgebildet. Sie sollen vor allem jungen Menschen durch die Ausstellung geleiten. Ein Lesesaal ist speziell für die in der Ausstellung erfaßten Themen von der Germania Judaica ausgestattet worden. Eine Reihe von Sonderveranstaltungen, die einzelne Aspekte der Monumenta Judaica erläutern, sollen ein Übriges tun.

Als bedauerlich muß nur die Tatsache angesehen werden, daß die Ausstellung nicht über die Grenzen Kölns hinaus gezeigt werden kann. Die Ausstellungsstücke, die aus New York, Moskau, Israel, Rotterdam, London, Paris, Vatikanstadt und der Schweiz ausgeliehen wurden, sind zu kostbar, um ein Risiko einzugehen.